



Rheinland-Pfalz Direkt

von Ingeborg Sahler-Fesel

„Ja ich will“ – Landratskandidat Thomas Neises im Portait Landratskandidat Thomas Neises im Portrait

Liebe Leserinnen und Leser,

Thomas Neises (42) stellt sich am 22. September 2013 den Bürgerinnen und Bürgern des Kreises Trier-Saarburg als Landrat zur Wahl.

Der am 30.06.1971 in Trier geborene Geschäftsführer der Feuerhaus Neises GmbH (19 Mitarbeiter) mit Kaminofenstudios in Osburg, Trier und Merchweiler ist seit 1993 Mitglied der SPD und der Arbeiterwohlfahrt (AWO). Seit 2009 ist Thomas Neises Mitglied im Stadtrat Trier und war 2009 Prinz Karneval der Stadt Trier.

Obwohl Thomas Neises nach wie vor dem Karneval stark verbunden ist, hört für ihn bei seiner Kandidatur der Spaß auf: Denn es geht ihm um die richtige Weichenstellung für das Leben und das Zusammenleben in unserem Landkreis, hierzu zählt für ihn insbesondere die Sicherstellung und Weiterentwicklung der Lebensqualität in unserem überwiegend ländlich geprägten Raum.



Hierzu Thomas Neises:

„Der Anteil der immer älter werdenden Menschen wird immer größer. Dies wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus – und von dieser Entwicklung werden die Landkreise stärker betroffen sein. Hier geht es z.B. um selbstbestimmtes Leben im Alter, wohnortnahe Versorgung, Gesundheit und Pflege, Mobilität aber auch um wohnortnahe Schulen. Deshalb muss der demografische Wandel immer mehr unser politischen Handels im Landkreis bestimmen.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen in allen Lebensphasen ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben führen können. Besonders viele ältere Menschen haben den Wunsch, auch bei Pflegebedarf eigenständig zu Hause leben zu können.

Dazu müssen wir einen bedarfsgerechten Ausbau neuer Wohnformen und Hilfe-Mix-Strukturen fördern. In Rheinland-Pfalz gibt es bereits einige Projekte, die die Gemeinschaft gerade von älteren Menschen fördern, zum Beispiel: Senioren-WGs und generationsübergreifende Pflege-WGs.



Besonders im ländlichen Raum wird es für unsere älteren Bürgerinnen und Bürger immer schwieriger sein, ihr Alltagsleben zu organisieren. Deshalb müssen wir einen stärkeren Ausbau von bezahlbarer Infrastruktur schaffen, effizientere Formen finden und die Daseinsvorsorge vor Ort sichern. Hier haben wir besonderen Handlungsbedarf, den ich als zukünftiger Landrat nicht alleine bewältigen kann. Bei dieser Aufgabe müssen wir gemeinsam auf alle Ebenen bestehende Konzepte weiterentwickeln und neue Ideen voranbringen.

Alle Menschen sollen gut und sicher in Trier-Saarburg leben. Es wird unsere Aufgabe sein, den Landkreis zukunftssicher zu gestalten. Dafür brauchen wir ein neues Miteinander.“

150 Jahre Sozialdemokratie – viel geschafft aber noch einiges zu tun

Liebe Leserinnen und Leser,

In diesen Tagen wurde die Sozialdemokratische Partei Deutschlands 150 Jahre alt. Mit Stolz können wir Genossinnen und Genossen auf diese lange Geschichte zurückschauen und haben allen Grund zu feiern.

Die SPD konnte und kann für sich in Anspruch nehmen, eine lebendige Mitglieder-Partei zu sein, die auf ihre Tradition aufbaut und Visionen für die Zukunft entwickelt. Auch in den schwersten und dunkelsten Stunden Deutschlands stand die SPD für ihre Ideale und Überzeugungen ein. Die Soziale Gerechtigkeit und die Freiheit jedes einzelnen Menschen ist seit den Gründungstagen der Kern der Sozialdemokratie.

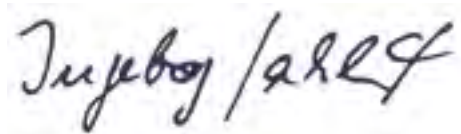
Auch für mich war dieser „Markenkern“ der SPD im Jahre 1979 einer meiner Beweggründe, in die Partei einzutreten.

Damals wie heute stehen die Forderungen wie die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, gleiche Löhne für gleiche Arbeit und guter Lohn für gute Arbeit als lebenssichernde Entlohnung ganz oben auf der Agenda!

Ich bin mir sicher, der 150. Geburtstag der Sozialdemokratie, der Partei der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland und in Europa, gibt dem Kampf für eine gerechtere und sozialere Politik in Deutschland und in unserer Region neuen Schwung.

Wie Sie sehen, liebe Leserinnen und Leser, mag die „alte Tante SPD“ auch 150 Jahre alt sein, ihre Prinzipien und Inhalte sind wichtiger und aktueller denn je. Lassen Sie uns gemeinsam die nächsten Jahre gestalten – für eine bessere Poilitik!

Im diesen Sinne verbleibe ich mit freundlichen Grüßen,



Ihre Ingeborg Sahler-Fesel



Kommunalreform und Quotierung von Wahllisten – Brisante Themen im Landtag im Rahmen von „Mit Mentoring vor Ort – Mehr Frauen in die Kommunalpolitik“

Die Landtagsabgeordneten Ingeborg Sahler-Fesel, Jutta Blatzheim-Rögler, Bettina Brück, Monika Fink, Elfriede Meurer und Michael Billen sind im Projekt „Mit Mentoring vor Ort – Mehr Frauen in die Kommunalpolitik“ als Mentorinnen und Mentor engagiert. Auf Einladung der sechs Landtagsabgeordneten machten sich die Projekt-Frauen am 26. Juni auf den Weg nach Mainz. Die Organisation hatte Ingeborg Sahler-Fesel übernommen. Zunächst wurde der Plenarsaal besichtigt und eine kurze Einführung in die Geschichte des Landtages und der kulturhistorischen Gebäude sowie die Mainzer Republik gegeben und die interessierten Fragen der Frauen in den Vortrag integriert. Sehr informativ und kurzweilig lautet das Fazit.

Unter fachkundiger Moderation und nach den Spielregeln einer Landtagssitzung praktizierten die Mentoringfrauen mit eigenen Statements das „Landtagsfeeling“. Zuvor gab es ein gemeinsames Mittagessen und das obligatorische Foto mit den Abgeordneten vor dem Landtagsgebäude.

Das Thema für diesen Nachmittag lautete „Quotierung von Wahllisten – Ist die gleichberechtigte Besetzung von Wahllisten verfassungsrechtlich erforderlich?“ Am Beispiel des französischen Parité-Gesetzes sollten Argumente für oder gegen die geschlechterparitätische Besetzung der Wahllisten mit Frauen und Männer ausgetauscht und um den richtigen Weg gestritten werden. Die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreis Bernkastel-Wittlich, Gabriele Kretz skizzierte zum Einstieg die Geschichte des Frauenwahlrechts, die aktuelle Partizipation von 16,8 % Frauen in den kommunalen Parlamenten und stellte die Frage nach den Ursachen und wie nachhaltige Veränderungen angestoßen werden können.

Die Frauen nutzten fließig die Gelegenheit am Rednerpult des Landtages zu sprechen. Dabei gab es durchaus kontroverse Meinungen zum Thema Quotierung. Ebenso ließen die Landtagsabgeordneten Meurer, Sahler-Fesel und Billen, es sich nicht nehmen, mit Hilfe der „blauen Karte“ kritische Einwürfe vorzubringen und die Diskussion zu beleben.

Im Wappensaal wurde die Diskussion um den Hochmoselübergang, das Atomkraftwerk Cattenom, die Schulpolitik sowie die Kommunalreform der Landesregierung in moderierter Gesprächsrunde mit den Abgeordneten Sahler-Fesel und Blatzheim-Rögler fortgesetzt. Die Teilnehmerinnen erhielten einen Einblick in das schwierige Geschäft der politischen Willensbildung hin zur Realpolitik im Rahmen von Koalitionen und der Rolle der Opposition im politischen Tagesgeschäft sowie der längerfristigen politischen Gestaltungsaufgaben der demokratisch gewählten Volksvertreter.

Zum Abschluss ermunterten die Abgeordneten die zukünftigen „Politikerinnen“ auf sich selbst und das Wissen und Können von Frauen zu vertrauen und wünschten ihnen für den weiteren politischen Weg viel Erfolg.

Die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Trier-Saarburg, Anne Hennen, dankte im Namen Aller den einladenden Abgeordneten für diese interessanten Erfahrungen und die Möglichkeit Politik an Ort und Stelle einmal hautnah zu erleben.

Am 26. September findet die offizielle Abschlussveranstaltung des Mentoringprojekts in der Synagoge in Wittlich statt, zu der die Gleichstellungsbeauftragten der Region auch alle interessierten Bürgerinnen und Bürger einladen.



Die SPD wird Deutschland regieren - besser und gerechter als es CDU, CSU und FDP vermögen: für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land!

Hier die wichtigsten Punkte aus dem Regierungsprogramm für Sie zusammengefasst:

Wirtschaft und Mittelstand stärken – Gute Arbeit schaffen

Anstrengung und Fleiß müssen sich wieder lohnen. Für die SPD heißt das: Ein gesetzlicher, flächendeckender Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro, denn gute Arbeit braucht guten Lohn. So wie die Stärkung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, also von Normalarbeitsverhältnissen: Mini-Jobs, Befristungen und Leiharbeit sind ausgefertigt, darum wird die SPD diese begrenzen und reformieren. Auf der anderen Seite muss das Tarifsystem und die betriebliche Mitbestimmung gestärkt werden. Jungen Menschen haben ein Recht auf Ausbildung. Die SPD wird die Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickeln mit dem Ziel, dass ein Jobverlust erst gar nicht eintritt.

Für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands braucht vor allem fünf Säulen: eine Stärkung der Industrie, Dienstleistungen von hoher Qualität, hochqualifizierte Fachkräfte, eine leistungsfähige Infrastruktur und die Förderung der Kreativwirtschaft. Im Zentrum steht dabei der Mittelstand. Entscheidende Bedeutung für eine erfolgreiche Wirtschaft hat auch die Energiewende, die unter der Merkel-Regierung zu scheitern droht. Die SPD wird darum dieses Jahrhundertprojekt straffer managen - unter anderem durch die Bündelung der Aufgaben in einem Energieministerium.

Bildung, Gleichberechtigung und Zusammenleben in einer modernen Gesellschaft

Bildung ist der Schlüssel für ein freies, selbstbestimmtes Leben. Und das steht allen zu. Darum will die SPD keine Gebühren: von der Kita bis zu Uni. Und sie wird für ausreichend Ganztagsplätze sorgen. Eine sinnvolle Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen wird durch einen kooperativen Bildungsföderalismus erreicht. Nationale Bildungsstandards sorgen für bessere Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen. Die SPD wird diesen Weg fortsetzen.

Für berufstätige Frauen und Männer wird es einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung mit abgesicherter Freistellung geben. Das bildungsfeindliche Betreuungsgeld wird die SPD wieder abschaffen.

In einer modernen, freien Gesellschaft gibt es Raum für alle. Darum dürfen gleichgeschlechtliche Paare nicht länger benachteiligt werden. Partnerschaft und Familie wird heute anders gelebt als vor Jahrzehnten. Das Einkommensteuersystem unterstützt das bislang aber nicht. Die SPD wird darum das Ehegattensplitting umbauen zu einem Partnerschaftstarif für neu geschlossene Ehen – damit sich für Frauen die eigene Berufstätigkeit lohnt.

Und sie wird mit einem Entgeltgleichheitsgesetz dafür sorgen, dass Frauen für die gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn wie Männer bekommen. Eine 40-Prozent-Quote für Aufsichtsräte und Vorstände großer Unternehmen wird Hürden für Frauen abbauen.

Für eine gerechte Steuerpolitik

Ein handlungsfähiger Staat und Schuldenabbau sind wichtigste Eckpfeiler sozialdemokratischer Steuerpolitik. Das Ziel ist ein solidarisches Gemeinwesen, der Weg dorthin führt über die gerechte Verteilung der einzelnen Beiträge.

Damit starke Schultern wieder mehr tragen als schwache wird die SPD den Spitzensteuersatz auf 49 Prozent anheben. Das gilt für sehr hohe Einkommen ab 100.000 Euro, bzw. 200.000 Euro bei Ehepaaren. Hinzu kommt eine Vermögensteuer, die Normalverdiener mit Einfamilienhaus und auch den Mittelstand nicht belasten wird. Dasselbe gilt für Erbschaften. Kapitalerträge sollen aber künftig mit 32 statt mit 25 Prozent besteuert werden.

Besondere Steuerprivilegien, beispielsweise für Hoteliers, und Subventionen wird die SPD streichen, die Absetzbarkeit von Vorstandsgehältern und -abfindungen auf maximal 50 Prozent begrenzen, wenn diese 500.000 Euro übersteigen. Auf europäischer Ebene wird es darum gehen, den grenzüberschreitenden Steuerbetrug zu beenden und mit der Finanzmarkttransaktionssteuer die Finanzmärkte an den Krisenkosten zu beteiligen.

Soziale Sicherung und Vorsorge

Eine gerechte Gesellschaft sorgt dafür, dass die großen Lebensrisiken solidarisch für alle abgesichert sind. Keine Zwei-Klassenversorgung, die vom Geldbeutel abhängt. Im Gesundheitssystem und in der Pflege wird die SPD die Bürgerversicherung einführen für alle Neu- und gesetzlich Versicherten. Eine gute Versorgung für alle mit Beiträgen, die sich an der Leistungskraft der und des Einzelnen orientieren. Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden wieder zu gleichen Teilen die Finanzierung sichern. Bisher privat Versicherte können ein Jahr lang befristet wählen, ob auch sie wechseln wollen.

Ein anderes und besseres Europa

Die SPD ist die Europapartei in Deutschland – aus Überzeugung und volkswirtschaftlicher Vernunft. Denn nur in einem starken, einigen Europa können wir Wohlstand und Frieden sichern. Darum will die SPD die Europäische Union demokratisch weiterentwickeln: weg vom Europa der Märkte hin zu einem Europa der Bürgerinnen und Bürger und zu einer starken Sozialunion, die Lohndumping verhindert. Mit einer demokratisch vom EU-Parlament gewählten EU-Kommission, mit der Gesetzgebungskompetenz von Parlament und Rat und mit einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung und abgestimmter Steuerpolitik.

Dabei gilt: Die EU soll nur das regeln, was auf der Ebene sinnvoll ist. Alles andere bleibt in der eigenen Verantwortung der jeweiligen Mitgliedstaaten.

Die SPD will regieren, weil es CDU, CSU und FDP nicht können. Sie beschreibt klar, mit welchen Ideen sie Deutschland voranbringen wird. Dafür braucht es klare Mehrheiten: Die Erneuerung unseres Landes gelingt nur mit Rot-Grün.

Mit Ihrer Hilfe, liebe Leserinnen und Leser, schaffen wir es gemeinsam, Schwarz-Geld im September abzuwählen. Am 22. September entscheiden SIE, in welche Richtung Deutschland in Zukunft gehen wird.

